

Fragen

für die Fragestunde der 100. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Mai 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	38	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 34
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 49	Konrad, Carina (FDP)	61, 62
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 46	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 59	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Brandner, Stephan (AfD)	56, 64	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	31, 32	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 57
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	51, 52
Gehrke, Axel, Dr. (AfD)	9	Mieruch, Mario (fraktionslos)	22, 53
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	29, 41
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	35, 36	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 55
Herbrand, Markus (FDP)	23, 24	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 43
Herbst, Torsten (FDP)	18, 19	Podolay, Paul Viktor (AfD)	45, 63
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	5, 16	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 14
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 33	Renner, Martina (DIE LINKE.)	27, 54
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	30, 60	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	39, 40	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	12, 26
Jung, Christian, Dr. (FDP)	67		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	72	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	44, 58
Theurer, Michael (FDP)	50		
Ullrich, Gerald (FDP)	17		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ...	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	24

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Unterlagen oder Datenbanken stellen aus Sicht der Bundesregierung einen bereits ausreichend aussagekräftigen bundesweiten Überblick über die radiologische Belastung von Mensch und Umwelt durch sämtliche nuklearmedizinisch bedingten Ableitungen – also seitens nuklearmedizinischen Einrichtungen und posttherapeutisch seitens entlassener, hiesiger Patientinnen und Patienten nach Radionuklidtherapien im In- und Ausland – dar (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 27, Plenarprotokoll 19/94, Anlage 2), und in welchen Nachbarstaaten zu Deutschland ist nach Kenntnis der Bundesregierung anders als hierzulande nach Radionuklidtherapien kein mindestens 48-stündiger stationärer Aufenthalt vorgeschrieben (vgl. fehlende Angaben zum Frageaspekt von Radionuklidtherapien im Ausland in vorgenannter Antwort)?

2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche bilateralen Schritte gab es bislang zwischen den jeweiligen nationalen Kontaktstellen für Strategische Umweltprüfungen (SUP) Deutschlands und Frankreichs – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) bzw. Ministerium für ökologischen und solidarischen Wandel – für eine grenzüberschreitende Beteiligung Deutschlands an der derzeit laufenden SUP für die mehrjährige Programmplanung für Energie (PPE) Frankreichs (vgl. www.ecologique-solidaire.gouv.fr/sites/default/files/%5BPDF%5D%C3%89valuation_environnementale_strat%C3%A9gique_de_la_programmation_pluriannuelle_de_l%27%C3%A9nergie.pdf), und teilt das BMU meine Auffassung, dass sich aufgrund der mit dieser PPE verbundenen geplanten Laufzeitverlängerung französischer Atomkraftwerke potenzielle negative Umweltauswirkungen nicht ausschließen lassen (bitte begründen)?

3. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung nicht an der Initiative anderer Länder für striktere Klimaziele (siehe dpa-Meldung vom 7. Mai 2019 „Acht EU-Länder für strikte neue Klimaziele“) beteiligt, und welche eigenen klimapolitischen Vorschläge hat sie in diesem Jahr bisher federführend auf EU-Ebene eingebracht (bitte einzeln aufschlüsseln)?
4. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim EU-Gipfel in Sibiu am 9. Mai 2019 nicht der Klimaschutz-Initiative Frankreichs und sieben weiterer Mitgliedstaaten für eine Erhöhung des europäischen Klimaziels für 2030 und Klimaneutralität bis spätestens 2050 angeschlossen, obgleich das aktuelle EU-Klimaziel zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht ausreicht und die EU aufgefordert ist, beim Klimagipfel des UN-Generalsekretärs im September dieses Jahres ihren Klimaschutzbeitrag zum Pariser Abkommen zu erhöhen und eine langfristige Klimastrategie vorzulegen (www.zdf.de/nachrichten/heute/merkel-glaubt-nicht-an-eu-loesung-absage-fuer-klima-initiative-100.html?utm_medium=email&utm_source=newsletter%2Bbgek; www.euractiv.com/section/climate-strategy-2050/news/germany-poland-snub-eu-appeal-for-greater-climate-ambition/)?
5. Abgeordneter
**Dr. Christoph
Hoffmann**
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Umweltstandards für deutsche landwirtschaftliche Betriebe den Umweltstandards in den europäischen Nachbarländern angeglichen werden, um Importe von im europäischen Ausland billiger produzierten Waren zu reduzieren (www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1632476/umweltministerin-schulze-ueber-bio-discount-tierwohl-und-den-wolf), und gibt es innerhalb der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen in dieser Frage?
6. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Rahmen hat sich die Bundesregierung seit Verabschiedung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/2985 im Juni 2018 für die Unterschutzstellung von 30 Prozent der Weltmeere bis 2030 eingesetzt, und wird die Bundesregierung die eigene Forderung auch, wie vom französischen Präsidenten Emmanuel

Macron vertreten, auf Landökosysteme ausweiten (www.dw.com/eu/macron-france-will-step-up-fight-against-species-extinction/a-48628670)?

7. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu welchem konkreten Termin plant die Bundesregierung die Verabschiedung des Aktionsprogramms zum Insektenschutz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Bundeskabinett, und inwiefern plant die Bundesregierung, dem Vorbild unserer europäischen Partner zu folgen, die in Reaktion auf die Erkenntnisse über den Zustand unserer Artenvielfalt aus dem Weltartenschutzreport des IPBES die eigenen Maßnahmen zum Arten- und Insektenschutz nochmal verbessern werden (www.dw.com/en/macron-france-will-step-up-fight-against-species-extinction/a-48628670)?

8. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sind der Bundesregierung weitere Fälle bekannt, bei denen die Gewässerrandstreifen in Fauna-Flora-Habitat-(FFH)Gebieten auf weniger als 5 Meter verringert wurden, wie beispielsweise auf Beschluss des Kreistages Osnabrück Land/Niedersachsen auf nur 1 Meter entgegen der Empfehlung der unteren Naturschutzbehörde (Schutzgebiet „Else und Obere Hase“: www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/1675652/osnabruecker-kreistag-beschliesst-1-meter-randstreifen-in-schutzgebiet), und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung in diesem Fall vor dem Hintergrund bereits laufender Mahnverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland (https://ec.europa.eu/germany/news/20190124-vertragsverletzungsverfahren-deutschland_de), eine vollständige Umsetzung der FFH-Richtlinie sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

9. Abgeordneter
Dr. Axel Gehrke
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die nach der Studie der Universität Hamburg (www.tagesschau.de/inland/analphabetismus-studie-101.html) in Deutschland lebenden 6,2 Millionen Erwachsenen, die kaum lesen und schreiben können, vor Gesundheitsgefährdungen zu schützen?
10. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bildet sich die Ankündigung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 8. Mai 2019, für die Investitionen in Forschung und Entwicklung „jetzt (...) in Deutschland eine Steigerung auf 3,5 Prozent“ (www.bundeskanzlerin.de/bkinde/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-bei-der-jahrestagung-der-fraunhofer-gesellschaft-am-8-mai-2019-in-muenchen-1608444) des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen, im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und ggf. anderer Ressort-Etats für 2020 sowie der mittelfristigen Finanzplanung ab, und mit welchen zusätzlichen Investitionen rechnen die jeweiligen Ressorts?
11. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der am 9. Mai 2019 veröffentlichten Stellungnahme des Ethikrats „Eingriffe in die menschliche Keimbahn“ insbesondere hinsichtlich des Bedarfes weiterer Forschung und rechtlicher Regulierung in diesem Forschungsbereich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

12. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- In welchen Schutzgebieten des Kongo-Beckens beteiligt sich die Bundesregierung über KfW oder die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH an der Bezahlung von (erfolgsabhängigen) Prämien (vgl. Bundes-

tagsdrucksache 19/8418, Anhang 2), und für die Erbringung welcher konkreten Leistungen werden die Prämien jeweils ausbezahlt?

13. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Umfang ist mit einer Verlängerung des Nothilfe-Treuhandfonds der Europäischen Union für Afrika (EUTF) über 2020 hinaus zu rechnen, und mit welchem Ziel bringt sich die Bundesregierung in die Verhandlungen in Brüssel ein?
14. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen nord-, nordwest- und zentralafrikanischen Ländern (mit der Bitte um Auflistung der einzelnen Maßnahmen und Finanzvolumina; vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/13460) engagiert sich die Bundesregierung über den Nothilfe-Treuhandfonds der Europäischen Union für Afrika (EUTF), und wie wird eine menschenrechtliche Folgenabschätzung der dadurch finanzierten Projekte sichergestellt?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

15. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zivilgesellschaftlichen Akteure traf die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf ihrer Reise nach Mali, Niger und Burkina Faso, und inwiefern hat die Bundeskanzlerin die Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Niger gegenüber Präsident Mahamadou Issoufou angesprochen und kritisiert (www.amnesty.de/jahresbericht/2018/niger)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Ist der Haushaltsentwurf des Einzelplans 23 der Bundesregierung für 2020 angesichts der sinkenden Steuereinnahmen von Kürzungen betroffen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass auch im Einzelplan 23 für 2020 Einsparungen vorgenommen werden müssen (www.tagesspiegel.de/politik/neue-steuerschaetzung-grosses-minus-klein-luecke-/24324348.html)?
17. Abgeordneter
Gerald Ullrich
(FDP)
- Wird die Bundesregierung angesichts der von der Europäischen Kommission am 7. Mai 2019 veröffentlichten Frühjahrswirtschaftsprognose 2019 (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip102_en.pdf), in der die Europäische Kommission das Defizit des italienischen Staatshaushaltes auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 und 3,5 Prozent im Jahr 2020 berechnet, diplomatischen Druck auf Italien ausüben, damit Italien sein Haushaltsdefizit reduziert, den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhält und so nicht weiter eine nach meiner Auffassung drohende erneute Staatsschuldenkrise in der Eurozone riskiert (bitte begründen), und wenn ja, wie?
18. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welcher Anteil der im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes durch den Bund bereitgestellten Mittel zur Sanierung maroder Schulen in finanzschwachen Kommunen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung bisher abgerufen, und in welche Bundesländer sind die bisher bewilligten Mittel jeweils anteilig geflossen?
19. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele geänderte Kfz-Steuerbescheide hat die Bundeszollverwaltung aufgrund der geänderten steuerlichen Einstufung von leichten Nutzfahrzeugen als Pkw (statt der bisherigen Einstufung als Lkw) an Besitzer leichter Nutzfahrzeuge versandt, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die steuerlichen Mehreinnahmen dieser Änderung für die Jahre von 2017 bis 2021 (bitte pro Jahr einzeln aufschlüsseln)?

20. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen konkreten Zeitplan sieht die Bundesregierung für die Reform der Grundsteuer vor (bitte geplante Termine mit Ländern und Kabinettsbeschluss nennen), und inwiefern möchte sie an der vom Bundesfinanzminister für die Ausgestaltung der Steuer vorgeschlagenen Wertorientierung festhalten?
21. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll die vom Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz im Rahmen der Dienstwagenbesteuerung geplante Verlängerung der steuerlichen Förderung von Dienst-Hybridautos bis 2030 sicherstellen, dass dies tatsächlich zu einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes führt, wie diese Maßnahme in der Begründung des am 8. Mai 2019 veröffentlichten Referentenentwurfs zum „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“ (Jahressteuergesetz) begründet wird, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Förderung für alle Dienst-Hybridautos in Anspruch genommen werden kann, die eine reine elektrische Fahrleistung von mind. 60 km (bei Anschaffung zwischen 2022 und 2024) bzw. von mind. 80 km (bei Anschaffung zwischen 2025 und 2030) vorweisen können, und inwiefern plant Bundesminister Olaf Scholz auch ein Bonus-Malus-System bei der Kfz-Steuer einzuführen, um Elektromobilität zu fördern?
22. Abgeordneter
Mario Mieruch
(fraktionslos)
- Welche erhobenen Steuern und Abgaben des Bundes wurden den Steuerzahlern (hier konkret den Privathaushalten) in den letzten 30 Jahren direkt zurückvergütet, vgl. hierzu die Modellentwürfe zu CO₂-Steuer bzw. -Abgabe?
23. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Weshalb wurde der durch zusätzliche Betriebsprüfungen und sonstige Untersuchungsmaßnahmen durch die Zollverwaltung (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) für die Wirtschaft anfallende Aufwand, der durch den Entwurf eines Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch (Bundestagsdrucksache 19/8691) entstehen wird, in der Darstellung des Erfüllungsaufwandes des benannten Gesetzes nicht von der Bundesregierung aufgeführt, und weshalb hat die Bundesregierung diesen Aufwand, der für eine vollständige Darstellung des Erfüllungsaufwandes notwendig ist, auch dann nicht ausgewiesen,

nachdem der Nationale Normenkontrollrat in seiner Stellungnahme zum Gesetz (Bundestagsdrucksache 19/8691, S. 71 bis 79) das Bundesministerium der Finanzen explizit aufgefordert hat, diese Kostenfolgen, die in einer nicht unerheblichen Größenordnung lägen, nachträglich zu schätzen und transparent darzustellen?

24. Abgeordneter
**Markus
Herbrand**
(FDP)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Erfüllungsaufwand, der durch zusätzliche Betriebsprüfungen und sonstige Untersuchungsmaßnahmen entsteht und der trotz Hinweisen des Normenkontrollrates im Entwurf eines Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch (Bundestagsdrucksache 19/8691) nicht aufgeführt wurde (vgl. Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Absatz 1 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates, Bundestagsdrucksache 19/8691, S. 71 bis 79)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

25. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In wie vielen Fällen haben öffentliche Stellen des Bundes in den zurückliegenden Jahren (bitte nach Polizei- und Sicherheitsbehörden geordnet für die Jahre von 2014 bis heute im Einzelnen auflisten) Auskunftsansprüche auf Verkehrs- bzw. Metadaten bei privaten Internetunternehmen insbesondere auf die gespeicherten Standortdaten bei Google (www.nytimes.com/2019/04/13/technology/google-sensorvault-location-tracking.html) geltend gemacht, und in wie vielen Fällen erfolgten konkrete Antworten mit für die Behörden und für deren behördliche Ziele verwertbaren Daten bzw. Informationen?

26. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung, sich in den Streit um die Errichtung einer permanenten Polizeiwache auf der Fusion, dem größten unkommerziellen alternativen Kulturfestival Europas, vermittelnd einzuschalten, um einen gewohnt reibungslosen Ablauf der Veranstaltung wie in den letzten 20 Jahren (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-05/fusion-festival-laerz-mecklemburg-

vorpommern-polizei-sicherheitskonzept-freiraum) auch in Zukunft zu gewährleisten, und inwiefern handelt es sich bei den Aktivitäten des Kulturkosmos e. V. aus Sicht der Bundesregierung um einen wichtigen und schützenswerten Beitrag zur bundesdeutschen Kulturszene im Allgemeinen und zur mecklenburgisch-vorpommerschen Kulturlandschaft im Besonderen?

27. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Haben deutsche Behörden nach Kenntnis der Bundesregierung im Nachgang zu den islamistischen Anschlägen in Paris, Nizza und Brüssel Informationen aus den bei Interpol eingerichteten Infoboards erhalten oder dorthin übermittelt (bitte auflisten, welche Behörden)?

28. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung ein Gesetz zur Streichung des Artikels 15 des Grundgesetzes (Vergesellschaftung gegen Entschädigung) entwerfen beziehungsweise unterstützen, oder wird die Bundesregierung im Gegenteil solche Vergesellschaftungen sowie Enteignungen – ähnlich schon heute praktizierten Enteignungen zum Beispiel für Autobahnbau – künftig gegen Wohnungsnot beziehungsweise zugunsten von Mieterinnen und Mietern fördern (www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-fordern-mietobergrenze-und-50-000-euro-strafe-fuer-zu-hohe-mieten-a-1264537.html)?

29. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Welchen konkreten Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung aus der Aussage der UN-Sonderberichterstatterin, Leilani Farha, ab, dass es Aufgabe des Staates sei, dafür zu sorgen, dass jeder sein Recht auf adäquates Wohnen wahrnehmen kann, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dieser Aufgabe gerecht zu werden (www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/un-sonderberichterstatterin-fuer-das-menschenrecht-auf-wohnen-besucht-das-institut/)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

30. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum mutmaßlichen Aufenthalt der per Interpol gesuchten venezolanischen Staatsangehörigen J. L., J. A. N., R. G. und M. A. F., die laut der venezolanischen Regierung Cyberangriffe auf den Guri-Staudamm und andere Energieinfrastrukturen verübt haben sollen, und nun wie J. L., der Sicherheitsbeauftragter der Guri-Anlage gewesen war, in Gebäuden des US-Militärs untergebracht sein sollen („Venezuelan Government Announces Arrests over Electrical Blackouts“, <https://venezuelanalysis.com>, 24. April 2019), und wie verfährt die Bundesregierung mit den Interpol-Fahndungen aus Venezuela, auch falls die gesuchten Personen nach Deutschland einreisen?
31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass laut Büro des Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR) die NATO-Mission zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte in Afghanistan (Resolute Support) keine Daten mehr darüber sammelt, welche Gebiete des Territoriums in Afghanistan von den „Aufständischen“ (Taliban) oder der Regierung kontrolliert werden, um möglicherweise nach meiner Auffassung die Erfolglosigkeit des Einsatzes zu kaschieren vor dem Hintergrund, dass nach den letzten Daten von Januar 2019 der Anteil des von der afghanischen Regierung kontrollierten Territoriums auf 54 Prozent gegenüber vorherigen 65,2 Prozent zurückging (www.dw.com/en/us-stops-taliban-territory-tracking-in-afghanistan/a-48559989), und welche konkreten Forderungen bzw. Positionen hat der Afghanistan-Sonderbeauftragte der Bundesregierung, Markus Potzel, bei seinem Gespräch mit dem Vizechef der islamistisch-terroristischen Taliban, Mullah Abdul Ghani Baradar, vertreten, wie eine friedliche Lösung des Konflikts aussehen könne (dpa vom 2. Mai 2019)?
32. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die Zusicherung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an den Irak, Deutschland werde weiterhin bei der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte helfen, vor dem Hintergrund zu sehen, dass am Rande des Treffens von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem irakischen Regierungschef Adel Abdul Mahdi in Berlin,

Siemens-Chef Joe Kaeser und der zuständige irakische Minister eine Rahmenvereinbarung über die Modernisierung von Kraftwerken und den Ausbau der Stromnetze unterzeichneten, die insgesamt Projekte im Wert von 14 Mrd. US-Dollar (12,5 Mrd. Euro) umfasst, wovon Siemens nach eigenen Angaben in der ersten Phase Aufträge im Wert von rund 700 Mio. Euro erhielt (AFP vom 1. Mai 2019), und Siemens damit ein wichtiger Schritt im Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem US-Rivalen General Electric gelang (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/siemens-sichert-sich-energie-auftraege-im-irak-milliardenumsaetze-moeglich-a-1265210.html), und inwieweit sieht die Bundesregierung im „Fähigkeitsaufbau im Irak“ im Rahmen der „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks“ (gemeinsames Schreiben vom Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas und der Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen zum deutschen Beitrag zum Fähigkeitsaufbau der regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte vom 30. April 2019) eine analoge Strategie zu dem „America first“-Prinzip, nach Auffassung der Fragestellerin eine Art der Durchsetzung des „Germany first“ zur Unterstützung von Siemens mit seiner kriselnden Kraftwerkssparte mit Überkapazitäten bei Großturbinen und Problemen mit dem generellen Strukturwandel der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien im weltweiten Wettbewerb multinationaler Unternehmen (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/nach-streit-um-auftrag-siemens-teilt-sich-milliarden-auftrag-im-irak-voraussichtlich-mit-ge/23212250.html)?

33. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bewertet die Bundesregierung die Präsenz von bewaffneten Gruppen in der Demokratischen Republik Kongo als einen Faktor, der die Ausbreitung des tödlichen Ebola-Virus begünstigt, und plant sie mit Maßnahmen der zivilen Krisenprävention oder mit anderen Maßnahmen (bitte benennen) gegen die die Ausbreitung des Virus begünstigende Gewalt vorzugehen (www.sueddeutsche.de/gesundheit/kongo-ebola-who-impfung-1.4383581)?

34. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Norbert Barthle am 8. Mai 2019 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages geäußerte Einschätzung – die Bundesregierung habe bezüglich Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro stets vertreten, man wolle ihn an seinen Taten messen und sei nach den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit zu dem Schluss gekommen, dass er einen gemäßigeren Kurs einschlage als seine Wahlkampfretorik zunächst vermuten ließ, u. a. da er nun anders als angekündigt doch nicht aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten sei – vor dem Hintergrund, dass in den ersten drei Monaten dieses Jahres der Verlust von Wald in indigenen Gebieten des Amazonas um 82 Prozent gegenüber 2018 zunahm (<https://kurzelinks.de/nwgl>), Jair Bolsonaro seit Amtsantritt diverse strukturelle Änderungen im Umweltsektor mit massiven Auswirkungen vorgenommen hat (<https://kurzelinks.de/5a61>, <https://kurzelinks.de/k7fx>), ebenso wie die Lockerung der Waffengesetze und weitere Dekrete, und welche Rolle spielt für die Bundesregierung in diesem Kontext die Tatsache, dass zudem Worte des Präsidenten nicht notwendigerweise durch Gesetze, sondern durch die Bevölkerung in Taten umgesetzt werden, z. B. steigende illegale Entwaldung aufgrund der erwarteten Straffreiheit (<https://kurzelinks.de/fntb>) oder zunehmende Drohungen und Gewalt gegen Indigene, Aktivistinnen und Aktivisten, LGBTI-Personen etc. (<https://kurzelinks.de/5xt2>)?
35. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Würde eine Auslieferung des australischen Publizisten Julian Assange aus Großbritannien an die USA nach Ansicht der Bundesregierung nach wie vor, wie in der Antwort auf die Schriftliche Frage 50 auf Bundestagsdrucksache 19/9822 von ihr bekräftigt, dem rechtsstaatlichen Vorgehen der britischen Behörden und menschenrechtlichen Standards der Europäischen Union genügen (www.theguardian.com/uk-news/2019/apr/11/julian-assange-arrested-at-ecuadorian-embassy-wikileaks), auch wenn Assange in den USA eine Anklage nach dem Espionage Act von 1917 (www.law.cornell.edu/uscode/text/18/part-I/chapter-37)

droht, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass es während der Verhöre von Assange in Großbritannien zu Rechtsverstößen gekommen ist?

36. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung in der UNO und auf bilateraler Ebene ergriffen, um einen eventuell möglichen militärischen Angriff der USA auf den Iran zu verhindern, und welche eigenen Erkenntnisse hat sie über humanitäre Auswirkungen der US-Sanktionen gegen dieses Land (www.spiegel.de/politik/ausland/atomstreit-us-praesident-donald-trump-verhaengt-neue-sanktionen-gegen-iran-a-1266494.html)?

37. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern geht die Bundesregierung davon aus, dass die von der US-Administration angekündigten Sanktionen gegen die metallverarbeitende Industrie im Iran (www.sueddeutsche.de/politik/usa-wirtschaft-iran-sanktionen-1.4438998) einen wirkungsvollen Beitrag zu dem von der Bundesregierung geäußerten Ziel leisten können, dass Teheran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangt (www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/schlaglichter_nt/article193183143/Maas-Appell-an-Teheran-Iran-soll-Atomabkommen-einhalten.html), und welche Auswirkungen werden diese Sanktionen nach Einschätzung der Bundesregierung auf deutsche Unternehmen haben?

38. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Vorfällen in den so genannten Detention Centers, die entlang des Frontverlaufs in Libyen liegen, insbesondere im Hinblick auf die Vorfälle in Qasr bin Gashir (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/10041), aber auch in Tajoura, welches nach Angaben von „Ärzte ohne Grenzen e. V.“ (vgl. www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/libyen-tripolis-fluechtlinge-beschossen) ebenfalls beschossen worden sein soll, und aus welchem Grund hält die EU nach Kenntnis der Bundesregierung weiter an der Zusammenarbeit mit der Einheitsregierung fest, der die Detention Centers unterstehen?

39. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben zur Zahl der in diesem Jahr erteilten Visa zum Familiennachzug liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Aufenthaltsstatus der Stammberechtigten bzw. der Art des Familiennachzugs und nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern und den fünf wichtigsten Asylherkunftsländern differenzieren), und welche aktuellen Angaben zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten im bisherigen Jahr 2019 kann die Bundesregierung machen (bitte so darstellen wie zuletzt in Plenarprotokoll 19/82, S. 9611, Antwort zu Frage 10)?
40. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung hinsichtlich der gesetzlichen Regelung nach § 59 Absatz 1 Satz 8 des Aufenthaltsgesetzes, die festschreibt, dass nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise eine Abschiebung nicht angekündigt werden darf, einen Änderungsbedarf, nachdem der Europäische Anti-Folter-Ausschuss (CPT) mit Blick auf die deutsche Rechtslage und Praxis gefordert hat, dass Abschiebungen den Betroffenen aus mehreren Gründen rechtzeitig zuvor angekündigt werden sollten (vgl. <https://rm.coe.int/1680945a2b>, dort S. 11, bitte begründen), und inwieweit ist die Bundesregierung dazu bereit, gesetzliche Vorgaben zu entwickeln, die das vom CPT geforderte „last call“-Verfahren in der Praxis sicherstellen, d. h., dass kurz vor Abflug durch entsprechende Abklärungen aktiv sichergestellt wird, dass z. B. keine Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung mehr anhängig sind (bitte begründen und ausführen)?
41. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Handlungen plant die Bundesregierung gegenüber ihrem EU- und NATO-Partner Ungarn vor dem Hintergrund, dass das UN-Menschenrechtsbüro erneut die Misshandlung von Migranten in Abschiebezonen in Form von Verweigerung von Nahrungsmitteln verurteilt hat (www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/menschenrechte-ungarn-fluechtlinge-nahrungs-verweigerung-rechtsbruch)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

42. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die UN-Studie „Sand and Sustainability: Finding new solutions for environmental governance of global sand resources 2019“, und welche Konsequenzen zieht sie daraus beispielsweise für das geplante Gebäudeenergiegesetz?
43. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hätte die Nichtverlängerung der so genannten Waiver zum Import von Elektrizität aus dem Iran in den Irak durch die US-Administration (www.al-monitor.com/pulse/originals/2019/04/iraq-summer-basra-electricity-parliament-opposition-krq.html) nach Einschätzung der Bundesregierung auf das von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bekundete Ziel eines „friedlichen Aufbaus“ des Iraks und einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Land (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/presse-konferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-ministerpraesidenten-der-republik-irak-adel-abdul-mahdi-1604468), und inwiefern hat die Bundesregierung dieses Thema gegenüber der US-Administration angesprochen?
44. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010, 2015, 2016, 2017 und 2018 Umsatz und Gewinn der Callcenter-Branche in Deutschland entwickelt, und welcher Anteil des Umsatzes deutscher Callcenter-Unternehmen wurde im Jahr 2018 (hilfsweise 2017) jeweils durch Callcenter-Dienstleistungen erzielt, die von Deutschland aus, von anderen Staaten der Europäischen Union aus sowie von Drittstaaten aus (bitte zusätzlich die drei wichtigsten nennen) nach Deutschland erbracht wurden?
45. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD)
- Was unternimmt die Bundesregierung konkret für die Absicherung von deutschen Investitionen in der Sahel-Region, die die Bundesregierung seit 2017 mit Entwicklungsausgaben i. H. v. 1,7 Mrd. Euro unterstützt (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/zusammenarbeit-mit-sahel-

region-verstaerken-1604352), damit mehr deutsche privatwirtschaftliche Investitionen vor Ort möglich sind und nicht überwiegend staatliche Investitionen erfolgen?

46. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Gespräche (unter Angabe der Akteure) gab es bisher zwischen der Bundesregierung und den Kohlekonzernen nach Vorstellung des Abschlussberichtes der Kohlekommission, und wann wird die Bundesregierung ein Gesetz zur Abschaltung von Kraftwerkskapazitäten in den Bundestag einbringen?
47. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht der Fahrplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kohlekommission aus, und inwiefern haben bereits Gespräche mit Energieversorgern zur Abschaltung von Kohlekraftwerken stattgefunden?
48. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Planungs-/Genehmigungsstand hat der von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für das Sofortprogramm zum Strukturwandel für Kohleregionen angemeldete Reallabor „Wärmespeicher-Kraftwerk StoreToPower“, und welche erfolgreichen Projekte sind der Bundesregierung mit großen, im Betrieb befindlichen Wärmespeicherkraftwerken mit Flüssigsalz bekannt?
49. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, einen eigenen Gesetzentwurf zum Kohleausstieg vorzulegen, nachdem das Ergebnis der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung seit dem 26. Januar 2019 vorliegt (www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung/) und die grüne Bundestagsfraktion in der letzten Woche einen eigenen Gesetzentwurf für den Einstieg in den Kohleausstieg (<http://dserver.bundestag.btg/btd/19/099/1900920.pdf>) ins Parlament eingebracht hat?

50. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Förderung in durch den Strukturwandel besonders betroffenen Gebieten in Deutschland, oder schätzt die Bundesregierung flächendeckende Steuererleichterungen und den Abbau von Bürokratie als zielführender ein?
51. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Hatte die Bundesregierung im Vorfeld der letzten Änderung der Post-Entgeltregulierungsverordnung vom 14. März dieses Jahres Kenntnis über die Höhe der infolge dieser Änderung zu erwartenden Umsatzrendite („Gewinnsatz“), die sich daraus für die nächste Bestimmung der genehmigungsfähigen Briefportoerhöhung für die Deutsche Post AG ergeben würde, und wenn ja, wer hat die prognostischen Berechnungen vorgenommen?
52. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Falls ja, welche Umsatzrenditen hatten diese Berechnungen zum Ergebnis, und falls nein, warum hat die Bundesregierung diesbezüglich keine entsprechenden Berechnungen zu den zu erwartenden Folgen der Änderung der Post-Entgeltregulierungsverordnung vorgenommen?
53. Abgeordneter
Mario Mieruch
(fraktionslos)
- Welche Alternativkonzepte hat die Bundesregierung zur Sicherung unseres Bedarfes an Seltenen Erden erarbeitet für den Fall, dass die Hauptbezugsquelle China die Versorgung einstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

54. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wurden Bundesbehörden vom Federal Bureau of Investigation (FBI) oder von einer anderen US-amerikanischen Behörde über Ermittlungsverfahren gegen das Münchner Unternehmen P. A. GmbH und/oder seinen Geschäftsführer L. W. informiert, und wenn ja, über welche (www.

welt.de/wirtschaft/plus192622901/Amazon-und-Oracle-kaempfen-um-die-Macht-im-Internet.html?wtrid=onsite.onsitesearch)?

55. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse und/oder Beteiligungen hat die Bundesregierung zu/an Plänen für die erneute Erstellung einer EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung über den Ministerrat der EU (vgl. <https://derstandard.at/2000101544729/Regierung-will-legale-Vorratsdatenspeicherung?ref=article>), und, soweit diese Planungen tatsächlich stattfinden, inwiefern wird die Bundesregierung diese Pläne auch angesichts der klar ablehnenden Rechtsprechung insbesondere des Europäischen Gerichtshofes mittragen (bitte begründen)?
56. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Mit welchem zeitlichen Aufwand kommt die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Katarina Barley, die neben ihrer Funktion als Abgeordnete und Bundesministerin derzeit im Wahlkampf als Kandidatin für das Europaparlament in Erscheinung tritt, ihrer Funktion als Bundesministerin nach (bitte um Angabe der jeweils täglich insgesamt für offizielle Termine der Bundesministerin, gouvernementale Verpflichtungen und im Bundesministerium aufgewandten Zeitkontingente für den Zeitraum vom 22. April 2019 bis 26. April 2019 sowie vom 29. April 2019 bis 3. Mai 2019), und in welchen Fällen, in denen die Bundesministerin Dr. Katarina Barley verhindert war und durch ihre Parlamentarischen Staatssekretäre vertreten wurde, war diese Verhinderung mit Wahlkampfverpflichtungen begründet?
57. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bei den angekündigten konkreten Vorgaben für den Mietspiegel, von seiner Ermächtigungskompetenz nach § 558c Absatz 5 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Gebrauch zu machen, also eine Rechtsverordnung vorzulegen, und wenn nicht, warum nicht (www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/bundesregierung-kuendigt-konkrete-vorgaben-fuer-mietspiegel-an-16176296.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

58. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010, 2015, 2016, 2017 und 2018 jeweils die Zahl der Beschäftigten in Callcentern in der Bundesrepublik Deutschland (bitte zusätzlich nach Männern und Frauen aufschlüsseln), und wie hoch waren im Jahr 2018 (falls keine Daten für 2018 verfügbar, 2017) die Anteile der Tarifbeschäftigten, Niedriglohnbeschäftigten, ausschließlich geringfügig Beschäftigten, Teilzeitbeschäftigten, befristet Beschäftigten, als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter Beschäftigten und der Aufstockerinnen und Aufstocker mit Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch an allen Callcenter-Beschäftigten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

59. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche militärischen Auseinandersetzungen will die Bundesregierung künftig mit ihrem Marine-Schulschiff „Gorch Fock“ noch bestreiten, dessen Erhaltungskosten von angenommenen 9,6 Mio. Euro auf mindestens 135 Mio. Euro stiegen (www.welt.de/politik/deutschland/article189074429/Gorch-Fock-Teakholz-sogar-fuer-Kadettendeck-veranschlagt-Millionenkosten.html), und welche kostengünstigeren zeitgemäßen (z. B. virtuellen) Alternativen, um Marineoffiziersanwärter ohne Hightech navigieren zu lehren sowie ihnen Teambuilding beizubringen, hat die Bundesregierung ermitteln können?
60. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Gilt die Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) in der Fassung des am 18. April 2019 angenommenen Standpunktes des Europäischen Parlaments (EP), also einschließlich der darin enthaltenen Klammerungen und grau unterlegten Textstellen (P8_TA_PROV(2019)0430), nach Auffassung der Bundesregierung als erlassen, sobald der Rat der Europäischen Union den Standpunkt gebilligt hat, und wie ist nach Kenntnis der Bundes-

regierung der genaue Zeitplan des Rates für die Entscheidung über den genannten Standpunkt (bitte vorgesehene Formation des Rates angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

61. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Geht vor dem Hintergrund des anhängigen Verfahrens gegen Deutschland als Folge von erhöhten Nitratwerten im Grundwasser der Vorschlag, die Stickstoffdüngung in nitratsensiblen Gebieten pauschal um 20 Prozent zu reduzieren, unmittelbar aus einer Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zurück (www.agrarheute.com/pflanze/getreide/bedarfsgerecht-duengen-geplante-minus-20-prozent-noch-abzuwenden-552777 oder auch www.tagesspiegel.de/wirtschaft/streit-um-die-duenge-verordnung-wie-die-guelle-das-grundwasser-versaut/24195972.html)?
62. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche Position zu neuen Züchtungsmethoden, wie beispielsweise CRISPR (Clustered Regularly Interspaced Short Palindromic Repeats), vertritt die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union, und herrscht in der Fragestellung über eine Novellierung des EU-Gentechnikrechts Einigkeit unter allen beteiligten Bundesministerien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

63. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD)
- Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Menschen mit Behinderung in klinischen Studien angemessen repräsentiert, und wenn nicht, wie wird die Bundesregierung diesem Umstand entgegenwirken?

64. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund des vom Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn laut Presseberichterstattung (vgl. „2 500 Euro Strafe für Impfverweigerer. Der Minister legt exklusiv in BILD AM SONNTAG sein Gesetz für eine Impfpflicht vor“, in: www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/jens-spahn-gesundheitsminister-will-2500-euro-strafe-fuer-impfverweigerer-61678774,view=conversionToLogin.bild.html) vorgesehenen Gesetzentwurfs zur Impfpflicht, der sich unter anderem auf zu geringe Durchimpfungsquoten stützt, eine Ursache für den gegebenen Anstieg der Masern im Zuzug aus Ländern, in denen das Masernrisiko besonders hoch ist, und in welchen deutschen Kommunen sind im Jahr 2017 die meisten Masernfälle pro 1 000 Einwohner gemeldet worden (bitte um Angabe der 27 Kommunen mit den meisten Fällen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

65. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung der Lufthansa-Technik, ab 2021 die große Flugzeugwartung sowie die Turbineninsandsetzung für ganz Deutschland in der sogenannten Rohrwerkstadt am Flughafen Berlin Brandenburg aufzugeben, in Hinblick auf das angeschlagene Gesamtimage des Flughafens Berlin Brandenburg, und inwiefern plant die Bundesregierung, sich für den Erhalt der Lufthansa-Technik am Flughafen Berlin Brandenburg einzusetzen, wie von dem Bundesland Brandenburg gefordert (vgl. „Techniksparte am BER droht Imageverlust“, Neues Deutschland, S. 13, 8. Mai 2019)?
66. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen der repräsentativen Umfrage des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE Allensbach, in der 61 Prozent der Bevölkerung angeben, sich große Sorgen über den Klimawandel zu machen, und 46 Prozent der Bevölkerung ein Umdenken im Verkehr für notwendig erachten, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung ihre Klimaziele für das Jahr 2020 nicht einhalten wird (www.hr-inforadio.de/programm/das-thema/klimapolitik-deutschland-hat-seine-vorreiter-rolle-verloren,klimaziele-deutschland-102.html) und

aus dem laut Studie größten Wunsch in der Bevölkerung (60 Prozent), den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu intensivieren (vgl. „Hälfte der Deutschen will Umdenken im Verkehr“, Frankfurter Allgemeine, S. 18, 7. Mai 2019)?

67. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Potential des Hochgeschwindigkeitstransportsystems „Hyperloop“ für den Gütertransport, insbesondere am Beispiel des geplanten Test-Terminals am Hamburger Hafen?
68. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Setzt sich der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer weiterhin dafür ein, dass beim EU-Verkehrsmisterrat am 6. Juni 2019 über eine Neubewertung des Grenzwerts für die Luftbelastung durch Stickstoffdioxid im Jahresmittel diskutiert wird (vgl. www.zeit.de/wirtschaft/2019-01/bundesverkehrsminister-andreas-scheuer-ueberpruefung-stickoxid-grenzwerte), obwohl die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina in der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Stellungnahme keine Anpassung dieses Grenzwerts empfiehlt (vgl. www.leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/saubere-luft-stickstoffdioxid-und-feinstaub-in-der-atemluft-grundlagen-und-empfehlungen-2019/), und inwiefern hält die Bundesregierung diesen Grenzwert insbesondere vor dem Hintergrund der Stellungnahme für angemessen?
69. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Auf wie viele Kilometer summieren sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Schienenwege im Freistaat Sachsen, die derzeit mit 20 MBit/s, 50 MBit/s und 100 MBit/s versorgt sind (bitte differenziert darstellen), und welche Strecken in Sachsen sind dies konkret?
70. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Wann wird die angekündigte Verlegung der Signalisierung (ETCS-Haltetafeln und ETCS-Eurobalisen) auf der Strecke zwischen München und Berlin umgesetzt, um Güterverkehre auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke zu ermöglichen (siehe Antwort zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 19/7577 und dpa-Meldung vom 4. März 2019), und rechnet die Bundesregierung damit,

dass die in der Wirtschaftlichkeitsberechnung für diese Strecke unterstellten Güterzüge in den nächsten Jahren tatsächlich fahren werden?

71. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele aller in Deutschland im Schienengüterverkehr (SGV) eingesetzten Triebfahrzeuge sind bereits mit dem European Train Control System (ETCS) ausgerüstet (bitte Gesamtbestand aller Triebfahrzeuge und Anzahl aller bereits ausgerüsteten Triebfahrzeuge angeben), und wie weit reichen die Überlegungen der Bundesregierung, im Zusammenhang mit der netzweiten ETCS-Ausrüstung auch in die Förderung der Umrüstung von Triebfahrzeugen einzusteigen?

72. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)

Was hat Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer kurzfristig dazu bewegt, seine Haltung hinsichtlich der Zulassung von Elektrokleinstfahrzeugen dahingehend zu ändern, dass diese nun doch nicht auf Geh- und Fußgängerwegen zuzulassen sind, und inwiefern unterscheidet sich die Begründung dieser Haltung inhaltlich von den von der AfD-Fraktion eingebrachten Sicherheitsbedenken gegenüber den oben erwähnten Verkehrsmitteln (www.spiegel.de/auto/aktuell/andreas-scheuer-e-scooter-duerfen-doch-nicht-auf-den-gehweg-a-1266138.html)?

